



Rechtsdrift

Indonesiens Militär ist noch immer der größte Machtfaktor des Landes. Es verhindert mit Schikanen eine Aufklärung seiner Verbrechen im Jahr 1965. Damals wurden Hunderttausende Linke ermordet. Von Anett Keller

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 20. NOVEMBER 2017 · NR. 269 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Schurkenstaat

Die Bundesrepublik und die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz in Bonn. Interview mit Alexis Passadakis

2

Wunschkonzert

Datensammelwut, Zentralisierung, Geldforderung: Die Herbsttagung des Bundeskriminalamtes

3

Wahlverein

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron diszipliniert seine Partei. Siehe Kommentar Seite 8

7

Mistmafia

In den Niederlanden wird in großem Stil mit Jauche und Gülle betrogen. Von Gerrit Hoekman

9

Trump macht dicht

US-Administration will palästinensische Vertretung in Washington schließen. Gerüchte über Friedensplan. Von Knut Mellenthin

Die US-Regierung will das Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Washington schließen. Das gab der Chefunterhändler von Präsident Mahmud Abbas, Saeb Erekat, am Sonntag bekannt. Er bezog sich dabei auf einen Brief von Außenminister Rex Tillerson, der am Freitag übergeben worden sei. Falls diese Ankündigung wahrgemacht werde, würden die Palästinenser alle Verbindungen zur US-Administration unterbrechen, warnte Erekat. Anonym bleibende Funktionäre des State Department und des Weißen Hauses bestätigten die Entscheidung. Die Schließung des Büros sei jedoch nicht endgültig und bedeute auch nicht, dass die USA das Interesse an der Zusammenarbeit mit der von Abbas geführten Palästinenserregierung verloren hätten, betonten die Informanten.

Das PLO-Büro in Washington wurde 1994 eingerichtet, als William Clinton Präsident war. 2011 erlaubte Barack Obama das Hissen der palästinensischen Flagge an der Fassade der Mission. Die Republikaner fordern seit langem, das Büro zu schließen. Aufgrund eines vom Kongress beschlossenen Gesetzes muss die Genehmigung der US-Regierung zum Betrieb der PLO-Außenstelle alle sechs Monate erneuert werden. Sie sei zu verweigern, wenn sich die palästinensischen Behörden mit einer Klage gegen Israel oder einzelne israelische Staatsbürger an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag wenden. Das hat die Palästinenserregierung in diesem Jahr getan, wie Abbas im September während der Vollversammlung der Vereinten Nationen mitteilte.



Noch weht die palästinensische Fahne vor dem PLO-Büro in Washington

Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, dass der Präsident die Schließung des Büros wieder aufheben kann, wenn er dem Kongress innerhalb von 90 Tagen mitteilt, dass die Palästinenser »direkte und gehaltvolle Verhandlungen mit Israel begonnen« hätten. Seit April 2014 haben jedoch keine Gespräche mehr stattgefunden. Die israelische Seite hatte sie damals abgebrochen, nachdem sich Fatah und Hamas auf die Bildung einer Einheitsregierung verständigt hatten.

Ein von Trump zusammengestelltes Team reist seit einigen Wochen zwischen Jerusalem und der Residenz von Abbas in Ramallah hin und her,

um eine Wiederaufnahme der Gespräche zu erreichen. Der Kern dieser Arbeitsgruppe besteht aus dem Schwiegersohn des Präsidenten, Jared Kushner, dem Chefunterhändler für den Nahen Osten, Jason Greenblatt, der stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberaterin Dina H. Powell und dem US-Botschafter in Israel, David M. Friedman, der seine Anweisungen nicht von Trump oder Tillerson, sondern direkt von Premier Benjamin Netanjahu zu erhalten scheint.

Voraussichtlich Anfang nächsten Jahres wolle das Team einen »Friedensplan« vorlegen, heißt es in un-

bestätigten Meldungen. Der israelische Sender *Kanal 2* berichtete am Sonntagabend von Gerüchten, dass im Plan die Anerkennung eines palästinensischen Staates, aber auch die dauerhafte militärische Besetzung des Jordantals durch Israel vorgesehen sei. Beide Seiten dementierten den Bericht. Tatsächlich widerspräche die Anerkennung eines Palästinenserstaates Trumps bisherigen Äußerungen. Außerdem schließt das Programm der größten israelischen Rechtspartei, des von Netanjahu geführten Likud, die Duldung eines palästinensischen Staates kategorisch und für alle Zeit aus.

»Geist von Paris« bei Klimakonferenz

Durchhalteparolen nach US-Ausstieg in Bonn, Rückschritte in Berlin

Die Bonner Weltklimakonferenz hat nach Einschätzung von Politikern und Diplomaten bewiesen, dass der »Geist von Paris« auch nach dem angekündigten Ausstieg der USA noch lebendig sei. »Bonn hat unterstrichen, dass die Unterstützung für das Pariser Abkommen stark ist und dass die Reise, die die Welt angetreten hat, eine unaufhaltsame Bewegung ist, die von allen Teilen der Gesellschaft rund um die Welt getragen wird«, sagte UN-Klimacheffin Patricia Espinosa. US-Präsident Donald Trump hatte im Sommer den Ausstieg der USA

aus dem Klimaabkommen beschlossen. Dennoch gehe von Bonn das starke Signal aus, dass die Welt zusammenstehe, sagte Noch-Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD).

Klimapolitische Rückschritte gab es an diesem Wochenende jedoch laut Grünen-Chefin Simone Peter bei den Berliner Sondierungen für eine Koalition aus Union, FDP und Grünen im Bund: »Das, was wirklich erfolgreich auf den Weg gebracht wurde, die Energiewende fortzuschreiben und einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, zur Erreichung der Klima-

schutzziele, das wurde teilweise wieder aufgemacht«, sagte Peter laut *Tagespiegel* am Samstag vor der Berliner CDU-Zentrale.

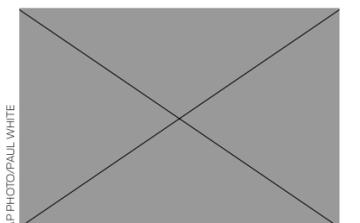
Der Vorsitzende der Bonner Klimakonferenz, Fidschi-Regierungschef Frank Bainimarama, zeigte sich derweil »zufrieden, dass die Konferenz ein solcher Erfolg geworden ist«.

Nach langer Diskussion hatten sich die fast 200 Staaten am Samstag auch in wichtigen Finanzfragen geeinigt. Dabei ging es unter anderem um das Fortbestehen eines älteren Fonds zur Anpassung der Entwicklungsländer an

die Folgen des Klimawandels. Er war bislang im Kyoto-Protokoll von 1997 verankert. Außerdem liegt nun der Entwurf eines Regelwerks zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 vor. Dieses hat zum Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad und wenn möglich sogar auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Die bisherigen freiwilligen Zusagen der Länder zur Minderung von Treibhausgasen reichen aber nicht aus, um das Ziel zu erreichen. (dpa/jW)

■ Siehe Interview Seite 2

Rajoy empfängt Putschisten aus Venezuela



Madrid. Der wegen Umsturzvorbereitungen angeklagte venezolanische Oppositionspolitiker Antonio Ledezma hat sich aus dem Hausarrest nach Spanien abgesetzt. Der 62 Jahre alte frühere Bürgermeister der Hauptstadt Caracas landete am Samstag, aus Bogotá kommend, in Madrid. Am Nachmittag traf er mit dem spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy zusammen. Venezuelas Präsident Nicolás Maduro erklärte in Caracas: »Ich beglückwünsche Antonio Ledezma. Er soll nicht zurückkommen, er soll dort bleiben. Die Leute in Madrid sollten sich in acht nehmen. Der Vampir kommt nach Madrid.« (dpa/jW)

»Schwampel«-Koalition auf der Kippe

Berlin. Unter hohem Zeit- und Einigungsdruck haben CDU, CSU, FDP und Grüne am Wochenende in der voraussichtlich entscheidenden »Jamaika«- (so benannt nach den Parteifarben) bzw. »Schwampel«-Sondierungsrunde um Kompromisse gerungen. Die Vorverhandlungen über eine mögliche Koalition im Bund sollten bis zum Sonntagabend abgeschlossen werden. Eine Einigung ist Voraussetzung für die Aufnahme von formellen Koalitionsverhandlungen. Ein Durchbruch galt bis zuletzt als fraglich, es gab nach wie vor Streit in zentralen Fragen wie Migration, Klimaschutz und Energie. Dem Vernehmen nach hatten die Grünen der CSU beim Thema Zuwanderung ein »Angebot« gemacht. Demnach soll die Zahl von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr als flexibler Rahmen gelten. Für den Fall eines Scheiterns lehnte der SPD-Vorsitzende Martin Schulz erneut eine Regierungsbeteiligung seiner Partei ab. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier rief alle Seiten auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Es bestehe kein Anlass für »panische Neuwahldebatten«. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.079 Genossinnen und Genossen (Stand 6.11.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

